

## **50 Jahre SB: neue, antiautoritäre, undogmatische Linke?**

### **Eine Einladung und ein Anlass zum Nachdenken**

„50 Jahre Sozialistisches Büro: neue, antiautoritäre, undogmatische Linke?“

Wann: 13. Juli 2019, 13 – 18.30 Uhr

Wo: Osthafenforum, Lindleystr. 15 (gegenüber Haus Nr. 11), 60314 Frankfurt

Anfahrt: <https://www.osthafenforum.de/anfahrt/>

Selbst jüngeren Lesern linker Zeitungen und Zeitschriften ist nicht mehr präsent, was die Abkürzung „SB“ in politischen Kontexten meint. Das im Frühjahr 1969 gegründete „Sozialistische Büro“, kurz „SB“ genannt, hat nichts zu tun mit den „Politbüros“ stalinistischer und maoistischer Parteien und ihren Bonsai-Repliken an den deutschen Universitäten nach 1968. Im SB sammelten sich in den 1970er Jahren Linke, die sich weder mit der SPD noch mit der DKP und schon gar nicht mit den nach 1968 entstandenen Campus-Parteien identifizieren mochten. Die unabhängigen oder undogmatischen Linken kamen aus der Ostermarsch- und Friedensbewegung, aus der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und aus der Protestbewegung von 1968, die mitnichten, wie es mancher Gedenkband nahelegt, nur an den Hochschulen stattfand.

50 Jahre nach der Gründung des SB plant der Arbeitsausschuss der Organisation eine Tagung zur Erinnerung an die Gründung und an die Geschichte des SB, das – entgegen umlaufenden Gerüchten – immer noch existiert, wenn auch still und in arg geschrumpfter Form. Die verbliebenen Mitglieder unterstützen mit ihren Beiträgen die nach der Einstellung der Zeitschrift „links“ (1997) noch erscheinenden Zeitschriften „express“ (Gründungsredakteure: Otto Jacobi, Walther Müller-Jentsch, Eberhard Schmidt, David Wittenberg) und „Widersprüche“ sowie die aus der „linke“ hervorgegangene Netz-Zeitung „linksnetz“. Die Tagung am 13. Juli 2019 in Frankfurt soll freilich kein Veteran\*innen-Festspiel werden, sondern eine aktuelle politische Debatte zwischen Linken mehrerer Generationen und Traditionen initiieren über die Fragen, was heute links bedeutet und wie sozialistische Politik heute aussehen könnte oder müsste. Die Tagung ist nicht für eine geschlossene Gesellschaft gedacht, sondern bildet ein Diskussionsangebot an alle, die sich für linke Politik jenseits parteipolitischer Horizonte interessieren. Das ist natürlich kein Ersatz für eine professionelle historische Aufarbeitung der Geschichte des SB, aber vielleicht ein Ort, an dem Impulse entstehen und Grundlagen für diese Aufarbeitung gelegt werden können – und wir hoffen, damit sowohl für das Projekt der ‚Zeitzeug\*innen‘-Gespräche als auch für die geplante wissenschaftliche Aufarbeitung Anregungen geben zu können.

Die Gründer des SB (Andreas Buro, Klaus Vack, Gert Schäfer, Christel Beilmann, Oskar Negt, Edgar Weick, Elmar Altvater, Heinz Brakemeier, Herbert Stubenrauch, Egon Becker u.a.) verstanden sich nicht als Parteigründer, sondern formulierten ein Kommunikationsangebot, wie es Andreas Buro im November 1970 so formulierte: „Die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro leistet einen Beitrag zur Kommunikation unter Sozialisten und zur Organisierung sozialistischer Arbeit. Sie versteht sich als ein Element innerhalb der

Bewegung für eine neue sozialistische Linke in der Bundesrepublik.“ Das SB hob sich damit ab von traditioneller sozialdemokratischer Parteipolitik, vor allem aber vom Revolutionsgerede der maoistischen und kommunistischen Studentenparteien mit ihren „geborgten Realitäten“ (Oskar Negt), und sie verstand linke Politik als „Vorbereitungs- und Erziehungsarbeit“ (Herbert Marcuse) für eben das: linke Politik.

Oskar Negt formulierte 1972 die theoretische Basis für das Engagement und die Politik einer undogmatischen sozialistischen Linken. Linke Politik sollte sich demnach primär nicht auf eine Höchstzahl zu mobilisierender Köpfe konzentrieren, sondern bei den Interessen und an der Lebenswirklichkeit der Produzent\*innen ansetzen, die auf Emanzipation und Assoziation setzen. So verfestigte sich das Konzept des Arbeitsfeldansatzes (u.a. Schule, Bildungs- und Sozialarbeit, Betrieb und Gewerkschaft, Hochschule, Gesundheitswesen). Arbeitsfelder, die die organisatorische Grundstruktur des SB bildeten und sowohl die Einzelmitgliedschaft (rund 1.500) als auch die korporative Mitgliedschaft von Arbeits- und Ortsgruppen („Sozialistischen Zentren“) zuließen, von denen es in den 70er Jahren in der BRD etwa 40 gab.

Der politische Einfluss und die Bedeutung des SB lebten hauptsächlich vom intellektuellen Niveau und politischen Ansehen von Autor\*innen, die in seinen drei periodischen Publikationsorganen, den Broschüren, Rundbriefen und Büchern veröffentlichten – und selbst wiederum nicht alle SB-Mitglieder waren. Viele von diesen prominenten Autor\*innen waren Hochschul- oder Fachhochschullehrer und verfügten deshalb über ein beachtliches Potential als Multiplikatoren. Darauf beruht auch die Tatsache, dass die Zahl der Sympathisant\*innen und ideellen Anhänger\*innen des SB um mindestens das Zwanzig- bis Dreißigfache größer war als die Zahl der Beiträge zahlenden Mitglieder. Aus der theoretischen Fundierung des SB ergab sich das Paradox, dass formelle Nichtorganisation so etwas wie ein Charakteristikum des SB als Organisation wurde. Selbst langjährige Autor\*innen und sogar angestellte Sekretäre des SB können sich heute nicht mehr daran erinnern, ob sie je formelle Mitglieder waren.

Die erfolgreichste Zeit für das SB waren die 70er Jahre, in denen es durch Kampagnen zum Prozess gegen Angela Davis, zum Putsch in Chile, zur Repression im Zuge der staatlichen Berufsverbote gegen Linke und zur Lage der Menschenrechte in der BRD (Russel-Tribunal) oder zum Kriegsrecht in Polen einer breiten, politisch interessierten Öffentlichkeit bekannt wurde.

Gegenüber dem Aufkommen des von politischer Verblendung und Selbstgerechtigkeit geprägten Terrorismus wie gegenüber der politisch bornierten, staatlichen Antwort darauf mit Dutzenden von Gesetzesverschärfungen hatte das SB eine klare Position. Das trug ihm während vieler Jahre eine Klassifizierung als „linksextremistisch“ in der fast informationsfreien Verfassungsschutzprosa ein, aber auch die Diffamierung durch die öffentlich-rechtlich geschützte Hetze Gerhard Löwenthals im ZDF, der gegen die „Untergrundarbeit aus Offenbacher Kellerräumen“ polemisierte, wo das SB seinen Sitz hatte.

Anfang der 80er Jahre geriet das SB von zwei Seiten in die Krise. Aus der Ökologiebewegung ging die grüne Partei hervor, worauf viele SB-Aktivist\*innen und -Sympathisant\*innen, die

immer schon mit einer Parteigründung liebäugelten, nur gewartet hatten. Mit dem Gewerkschafter Willi Hoss und mit Rudi Dutschke gingen zahlreiche SBler diesen Weg. In den Führungsriege der Grünen waren bald sehr viele Ex-SB-Mitglieder aktiv. Fast gleichzeitig riefen SB-Gründer um Klaus Vack, Andreas Buro, Wolf-Dieter Narr, Herbert Stubenrauch, Joachim Hirsch, Roland Roth u.a. das „Komitee für Grundrechte und Demokratie“ ins Leben und bewirkten damit einen Aderlass beim SB. „Vieles von dem, was als SB-Praxis begonnen hatte, lebte ohne die Organisation eigenständig und in anderen Zusammenhängen weiter. Dennoch gibt es auch eine deutliche Verlustgeschichte. Der Niedergang des SB war auch eine Erscheinungsform des nachlassenden Einflusses der Neuen Linken auf die oppositionellen Arbeitszusammenhänge und Bewegungsmilieus“ (Roland Roth).

1979 legten rund drei Dutzend deutsche Intellektuelle unter dem Titel „Stichworte zur ‚Geistigen Situation der Zeit‘“ eine Bilanz zu dreißig Jahren BRD. Jürgen Habermas bescheinigte dem Sozialistischen Büro, „neue Organisationsformen erprobt“ zu haben und mit „organisatorisch orientierten Fortsetzungen antiautoritärer Politik“ damals schon „ohne Erfolg“ geblieben zu sein, womit er sicher nicht Unrecht hatte. Aber der Erfolg ist nicht der einzige Maßstab bei der Beurteilung historischer Lernprozesse und Versuche, Selbstbestimmung und „Demokratie als Lebensform“ (Oskar Negt) zu begründen.

Rudolf Walther